

Vierteljähriger Abonnementspreis
in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto
2 Thaler 11 1/4 Sgr. Insertionsgebühr für den
Raum einer fünfseitigen Zeile in Petitschrift
1 1/4 Sgr.

Expedition: Herrenstraße N° 20.
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten
Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal
erscheint.

Breslauer Morgenblatt.



Zeitung.

Donnerstag den 25. Oktober 1855.

Nr. 498.

Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

Berliner Börse vom 24. Oktober. Staatschuldsg. 85 1/4. 4 1/2 p. Et.
Anleihe 100%. Prämien-Anleihe 108%. Berlin-Münz-
nner 164. Freiburger I. 132 1/2%. Freiburger II. 117 1/2%. Mecklenburger 59%.
Nordbahn 53%. Oberschles. A. 213. B. 179. Oderberger —. Rhine-
sische 107%. Metall. 67 1/2%. Loose —. Wien 2 Monat 90. National —.

Telegraphische Nachrichten.

Triest, 23. Oktober. Die Cholera ist auf den ionischen Inseln und in den griechischen Provinzen Akarnanien und Anatolien in einigen Dörfern sehr heftig aufgetreten. In Missolonghi hat sich die Zahl der bisherigen Fälle nicht sonderlich vermehrt.

Turin, 22. Oktober. Die königliche Genehmigung zur Errichtung einer Filialbank in Alessandria ist erfolgt. Briefe aus dem Kirchenstaate enthalten Klagen über dortige Räuberexesse.

Konstantinopel, 18. Oktober. Aus Kars wird gemeldet, daß man dort noch immer den Rückzug der Russen entgegensteht zu dürfen glaubt. Omer Pascha wird sein Winterquartier in Kutsais nehmen. Das anglo-türkische Kontingent unter General Vivian ist wirklich nach Kertsch abgegangen. Der preußische Gesandte Oberst v. Wildenbruch ist über Galatz hier eingetroffen. Im sardinischen Hauptlazareth zu Zenikö ist die Cholera wieder aufgetaucht.

Der General-Adjutant Fürst Gortschakoff berichtet unterm 3./15. Okt. um 8 Uhr Abends:

Der Feind fährt fort, das Défilé im Baird-Thale mit beträchtlichen Streitkräften zu behaupten. Die Bewegung von Fahrzeugen nach Eupatoria nimmt zu. Uebrigens ist dort, sowie auf der Nordseite von Sebastopol und auf den übrigen Punkten der Krim-Halbinsel nichts Besonderes vorgefallen.

London, 22. Okt. Sir William Molesworth ist heute Nachmittags um 1/2 Uhr gestorben. Das Nebel, dem er erlag, war zurückgetretene Sicht.

Breslau, 24. Oktober. [Zur Situation.] Die Bundesreform-Frage ist auf einmal wieder zu einem Thema der deutschen Presse geworden, aber weniger als eine sich selbst bedeutende Frage, als in ihrem Zusammenhang mit der österreichischen Politik, welche sich ihrer bedienen soll, um in erster Reihe auf die öffentliche Meinung einzuwirken, während sie schließlich nur eine Bundesreform zu Gunsten eines mitteleuropäischen Kaiserreichs effektuieren wolle.

Dagegen verhält sich nach Angabe der Ost. Post die Sache folgendermaßen:

Auf eine vertrauliche Anfrage des baierschen Kabinetts, welche mit den Erklärungen, die Herr v. d. Pfordten jüngstens in der bayerischen Kammer gegeben, wohl im Zusammenhang stand, hat das österreichische Kabinett in eben so vertraulicher Form die Antwort ertheilt, „daß es sich zu den Erklärungen Österreichs am Schlusse der dresdener Konferenzen im Jahre 1850 bezüglich der wünschenswerten und nothwendigen Änderung der Bundesorganisation noch heute befenne.“

Die Restauration der alten Bundeseinrichtungen habe stattgefunden, um Preußen die Möglichkeit des Wiedereintritts zu geben. Sollten die deutschen Regierungen zu einer Reform der gegenwärtigen Organisation geneigt sich zeigen, so werde es gerne und bereitwillig dieser Gegenstand in die Hand nehmen u. s. w.“

In diesem Gedankengange ungefähr bewegt sich das in Rede stehende Argument.

Schließlich bemerkte die Ost. Post im direkten Widerspruch mit der N. Pr. Ztg., daß, während die betreffende vertrauliche Antwort des österreichischen Kabinetts an die bayerische und keine einzige andere deutsche Regierung mitgetheilt ward, sie Preußen allein in freundschaftlicher Weise übersendet wurde.

Bezüglich des österreichischen Konkordats mit dem päpstlichen Stuhle, welches am 28. Sept. zu Wien ausgewechselt worden ist, aber erst nach Monaten bekannt gemacht werden wird, weil es vorher dem Collegium sacrum im vollen Konistorium vom Papste mitgetheilt werden muß, giebt der „Univers“ Mittheilungen, welche von denen der „Venetianischen Zeitung“ doch erheblich abweichen und dem Konkordat den Charakter einer vollständigen Unterwerfung geben.

Das Konkordat hat 36 Artikel. Man kann die Rechte, welche dadurch der katholischen Kirche in Österreich eingeräumt werden, in folgende große Säße zusammenfassen: „Der Verkehr aller Geistlichen nach oben und unten ist frei; die Schulen sind unter die Aufsicht der Kirche gestellt; ebenso die Literatur; die Straf- und Gewalt der Bischöfe über Kleriker und über alle, welche die Gesetze der Kirche überschreiten, ist anerkannt; die Wahl neuer Bischöfe ist im Grunde ganz in die Hand der alten gelegt; die Geistlichkeit kann nach den Regeln des Rechts ihr Eigenthum vererben; „die Kirche genießt vollständig das Recht zu besitzen und zu erwerben. Ihr Eigenthum ist unverzichtbar“, die Verwaltung der Kirchengüter findet in Gemäßheit der Kanones statt, das Recht, den Lehnten einzufordern, ist da, wo es in Übung ist, anerkannt. Alles, was die geistlichen Personen und Dinge anbetrifft und im Konkordat nicht vorgesehen ist, wird sich gemäß der Lehre der Kirche und gemäß der in Kraft stehenden Institutionen, welche durch den Papst anerkannt sind, gestalten.“

Die Ministerkrise in Kurhessen hat noch immer nicht durch neue Minister-Ernennungen ihre Erledigung gefunden, und während man einerseits den Wiedereintritt Hassenspflug's prognostizirt, werden andererseits die Herren Staatsminister von Uhden und Anwalt Wagner (der ehemalige Redakteur der Kreuzzeitung) als dessen eventuelle Nachfolger bezeichnet.

In Betreff der orientalischen Frage bringt der oft citirte wiener Korrespondent des Constitutionnel neue Insinuationen und Entwicklungen, auf deren einige unser Berliner Korrespondent gebührend antwortet.

Unter den Versicherungen des Constitutionnel befindet sich auch die, daß die Westmächte an der Garantien-Politik unwandelbar festhalten würden. Wir wollen diese Versicherung auf sich beruhen lassen, wenn aber damit ange deutet sein soll, daß jene Politik auf alle Territorial-

Veränderungen verzichte, so müssen wir doch bemerken, daß so eben der „Globe“ eine Art Widerruf der früher von der britischen Regierung selbst wiederholte abgegebene Erklärung, „daß Russland unter keinen Umständen geschwächt werden darf“, bekennt.

Der „Globe“ macht bemerklich, daß alle Kriege Russlands bisher Eroberungskriege gewesen sind, und es daher lächerlich sein würde, in einem Kriege, der prinzipiell den Zweck habe, den Eroberungsgesüsten Russlands einen Damm entgegen zu setzen, denselben von vornherein ein Garantie für den Besitzstand seiner bisherigen Eroberungen zu geben. „Wir behaupten“, sagt der Globe, „daß dieser Krieg von Anfang an ein Prinzipienkrieg gewesen ist. Wir behaupten, daß, wenn der selbe fortduert, das Prinzip des Krieges weitere Anwendung finden muß. Wir behaupten, daß diese Anwendung nothwendigerweise Eroberungen und Gebietsabtrennungen in sich fassen muß, und daß Russland von vornherein zu sagen, daß kein Theil der ihm wieder abgenommenen Beute ihm definitiv vorerhalten werden soll, daß vielmehr alle seine Einverleibungen, die ihm abgenommen werden möchten, ihm zurückgegeben werden sollen, nichts anderes wäre, als wenn man mit gebundenen Armen kämpfen und Russland dazu ermuthigen wollte, auf unbestimmte Zeit hinaus die Stellung anscheinend defensiven Widerstandes zu be-

haupten. Diese ungeheuren Impedimente in einem noch dazu so weglosen Lande nötigten das russische Heer, Angesichts des Gegners eine ganz besondere Marschordnung anzunehmen, und waren natürlich ein gewaltiger Hemmschuh für die Freiheit der Bewegungen des Operationskorps. General Murawieff aber befindet sich in dieser Beziehung um nichts besser daran, als Fürst Paskevitch, denn die veranlassenden Umstände sind auf dem asiatischen Kriegsschauplatz heute noch dieselben wie damals. Es sind dies Dinge, die der Late, der noch dazu bei seinen Beurtheilungen den Maßstab der Kriegsführung im Abendlande anzulegen pflegt, selten so würdig, wie sie doch gewürdigt werden müssen, indem sie einen und zwar den wichtigsten Faktor im Operationskalkül eines Feldherrn bilden. (D. R.-Z.)

Preußen.

a. Berlin, 23. Oktober. Der vorgebliche wiener Korrespondent des Constitutionnel läßt sich abermals über die Kriegs- und Friedensfrage vernehmen. Nun haben zwar die Mittheilungen dieses Publizisten niemals Anspruch auf unbedingte Zuverlässigkeit gehabt, sie sind sogar in Bezug auf die Mission des Herrn von Prokesch durch eine offizielle Erklärung dementirt, oder, wie andere wollen, desavouirt worden; nichts desto weniger verdienen sie Beachtung. Sind sie auch nicht gerade in Betreff aller Einzelheiten genau unterrichtet, haben sie selbstverständlich auch nicht den Zweck, über die Motive und Intentionen der weimärkischen Politik vollständigen Aufschluß zu geben, so vertreten sie doch jedenfalls die Auffassungen, welche in Paris, theilweise auch in London und Wien vorherrschen, und welche man von dort aus der öffentlichen Meinung beizubringen sucht. So kommt der Korrespondent auf die auch schon in der österreichischen Presse vielfach wiederholte Behauptung zurück, daß die Westmächte weder durch Österreich noch durch Preußens Vermittelung Friedens-Vorschläge annehmen können. Abgesehen davon, daß eine ernste Politik wesentlich auf den Inhalt von Friedens-Vorschlägen, nicht auf die Art der Übermittelung oder Vermittelung Gewicht zu legen hat, ist es wahrlich keine schwere Aufgabe, die Beweisführung, auf welche sich jene Behauptung stützt, in ihrer ganzen Thorheit darzustellen. Österreich, so heißt es, kann die Vermittelung nicht übernehmen, weil es durch den Dezember-Vertrag für die Westmächte Partei ergriffen hat. Preußen, so heißt es weiter, ist zur Vermittelung nicht geeignet, weil — wie der Korrespondent des Constitutionnel meint — es den Westmächten gegenüber keine „loyale Politik“ befolgt habe. Allerdings hat Preußen seine Loyalität nicht in der Weise befunden, daß es im Dezember 1853 einen Vertrag unterzeichnete, über dessen Zweck und Tragweite man am Ende des Jahres 1855 noch im Unklaren ist; da man aber der preußischen Politik eine Verlegung strengster Neutralität in irgend einer Beziehung nicht nachweisen kann, so ist es wohl eben diese Neutralität, welche die westliche Publizistik überhaupt und deshalb, in leichtfertiger Begriffs-Beweisstellung, nicht loyal findet. Das Raisonnement jener Staatsweisheit ist also im Grunde Folgendes: keine Vermittelung von Österreich, weil es für uns Partei genommen, keine Vermittelung von Preußen, weil es nicht für uns Partei genommen hat. Wer in solcher Argumentation Logik und Ernst finden kann, der möge sich überzeugt erklären. Aber warum soll man dem Constitutionnel diese Sophistik dem französischen Publikum gegenüber verargen, wenn österreichische Blätter dem nüchternen, neutralen Deutschland ähnliche Spitzfindigkeiten vorsezen? Der Modus von Friedens-Unterhandlung, welchen der Constitutionnel in Vorschlag bringt, verdient keine weitere Erörterung; er ist zu abenteuerlich, als daß er ernst gemeint sein könnte. Dagegen ist es bemerkenswert, daß der französische Korrespondent, bei aller sonstigen Überhebung, noch immer die vier Garantien als das Programm bezeichnet, über welches die Westmächte einstweilen noch nicht hinausgegangen seien. So lange diese Grundlage festgehalten wird, so lange ist in der That ein Wiederanknüpfen an den Inhalt der wiener Verhandlungen und das Zustandekommen eines billigen Friedens noch immer möglich. Gewiß ist jedoch, daß man in England und Frankreich vor allem an energische Rüstungen denkt, um nötigenfalls im nächsten Frühjahr den Krieg mit vollem Nachdruck und auf verschiedenen Punkten zu eröffnen. Es verlautet seit einiger Zeit, daß man eine Expedition nach Finnland allen Ernstes vorbereitet, und zu diesem Zwecke bereits Unterhandlungen mit Schweden eingeleitet hat. Das Erscheinen schwedischer Notabilitäten am Tuilerien-Hof scheint mit solchen Plänen in Verbindung zu stehen.

○ Berlin, 23. Oktbr. Se. Majestät der König begibt sich morgen zur Jagd nach Schloß Leßlingen. Allerhöchsteselbst wird von den hier anwesenden Prinzen des königlichen Hauses, dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, andern fürstlichen Personen, dem Ministerpräsidenten und andern hochgestellten Personen begleitet sein. — Für die Konferenz, welche zur Behandlung der Sundzoll-Ungleichheit auf Antrag Dänemarks abgehalten werden soll, ist deshalb Copenhagen als Versammlungsort bestimmt worden, weil sich dafelbst für die zu behandelnde Frage das ausgedehnteste statistische Material vorfindet, was andernorts unmöglich in dem Umfange zu beschaffen sein würde. — Von verschiedenen Seiten ist an das Staatsministerium der Antrag auf Aufhebung der Steuer-Bonifikation für ausgedehnte Spiritus gestellt worden. Man motivierte den Antrag dadurch, daß die Frucht, welche für die Herstellung des auszuführenden Spiritus erforderlich sei, im Lande bleiben, den zur Ernährung erforderlichen Fruchtbedarf vermehren und dadurch eine Herabdrückung der

